

Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff
und Umgegend.

Gescheint seit dem Jahre 1841.



für die Amtshauptmannschaft Meißen, für das
Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff
sowie für das Forstamt zu Tharandt.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Zeitungsaussch. Die für die gesuchte Korrespondenz oder deren Raum, Kosten, Post, Reisen, Pausen, etc., etc., mit Leistungsgeldung, S. wird und absetzbarer Satz mit 20% Zuschlag. Bei Überholung und Jahreszeit, ein entsprechender Nachschlag, Zusammenfassung im einzelnen Fall nur des Betr. — bis Satzgeld 20 Pf. beg. 20 Pf. / Nachrechnung und Überschlagszahl 20 beg.

Pf. / Zeitbedarfsteuerabfuhr ist auf jedes Abonnement 10 Pf. entgelt. Vergrößerung um 12 Uhr vermerkt. / Aufdruckgebühr bei Losen 10 Pf. / Bei der Postablage Salbung. / Für das Einnehmen der Abgaben an bestimmte Zeiten und Orte wird eine Sondergebühr. / Briefporto 10 Pf. / Nachtrag eines Auszugs. / Die Arbeitsteuer und Aufrepekte haben nur bei Bezahlung innerhalb 30 Tagen Gültigkeit. Langere Zeit gerichtliche Abrechnung, gemessene Abrechnung wird. Inhaber bestimmt die Abrechnung des Brief-Abrechnungs-Postamts vereinbart. ggf. es ist verantwortlich durch Abrechnung der Abrechnung, falls nicht der Empfänger innerhalb 30 Tagen, vom Nachtragstage an, Abrechnung erfordert.

Postleitz.-Konto: Leipzig Nr. 28614

Nr. 60

Sonnabend den 13. März 1920

79. Jahrg.

Unterhaltung: Berlin 620. 40.

Bei Durchführung der Verordnung vom 18. Dezember 1919 (Sächs. Staatszeitung Nr. 293) wird wegen Schwierigkeiten in der Beschaffung von Futtermitteln bis auf weiteres nachgelassen, daß die polizeiliche Beobachtung des eingeführten Klauenwuchs zur Verhütung der Verschleppung der Maul- und Klauenseuche unter Teilung des Sammeltankes ganz oder teilweise auch bei dem Abnehmer eines Teiltransportes stattfinden kann. Dabei wird vorausgesetzt, daß der Bezirkstierarzt dies mit Rücksicht auf abgesonderte Unterbringung und Wartung der unter Beobachtung stehenden Tiere für unbedenklich hält.

Anträge hierauf sind bei dem Bezirkstierarzt zu stellen, der den eingeführten Sammeltank vor seiner Teilung, ebenso wie die Teiltransporte nach Ablauf der Beobachtungszeit auf Kosten des Veringers (Verordnung vom 7. Dezember 1918 — G. u. B.-Bl. S. 400 — in der Fassung der Verordnung vom 20. Januar 1920 — G. u. B.-Bl. S. 20; Sächs. Staatszeitung Nr. 16) — zu untersuchen hat.

Von der in § 45 unter 5 Abs. 2 vorgeschriebenen Bezirkstierärztlichen Untersuchung ist Klauenwuchs bestellt, daß ohne weiteren Zwischenhandel binnen zwei Tagen vom Eintritt am Beobachtungsort ab geschlachtet werden soll.

Diese Verordnung tritt mit ihrer Bekanntigung in Kraft.

Dresden, am 9. März 1920.

Wirtschaftsministerium.

Lebensmittel-Verteilung im Kommunalverband Meißen-Land.

In der Woche vom 14. bis 20. März 1920 werden im Kommunalverband Meißen-Land folgende Lebensmittel verteilt:

a) auf sämtliche Nährmittelkarten, Reihe III, Abschnitt 2

1/2 Pfund aust. Bohnen, Pfundpreis M. 2,50

b) auf sämtliche Lebensmittelkarten, Reihe III, Abschnitt 2

1/2 Pfund Inlandsmarmelade, Pfundpreis M. 8,70

Die Händler haben sich wegen des Vizes der Waren unverzüglich mit ihren Handelsstellen in Verbindung zu setzen.

Ein Verkauf der Lebensmittel darf vor der angezeigten Zeit nicht erfolgen.

Meissen, am 11. März 1920.

Reg. Nr. 320 d II F.

Die Amtshauptmannschaft.

Freibank. Sonnabend den 13. März vormittags 9 bis 1 Uhr Rindfleisch: gelbe Lebensmittelkarten auf die Nummern 1661 bis 2020 gegen Reichsfleischmarken E. Preis das Pfund 2,20 Mark. Einzelnd mitbringen. Wilsdruff, am 12. März 1920.

Der Stadtrat.

Grumbach.

Wegebau führen.

Da die Versteigerung der Wegebauführungen wegen Mangels an Bietern am 11. März 1920 abgedrohen werden mußte, findet Versteigerung des Wegebauführungs Sonntag den 14. März 1920 vormittags 1/2 12 Uhr im Gasthof statt.

Grumbach, am 12. März 1920.

Der Gemeindevorstand.

Das Urteil im Prozeß Erzberger-Helfferich.

Meine Zeitung für eilige Leser.

Nach dem nun fertiggestellten Entwurf wird das Reich für die kommende Reichstagswahl in 122 Wahlkreise eingeteilt. Mit Sachsenland ist nun mehr ein Vertrag unterschrieben, der über die Räume der deutschen Kriegsgefangenen. Der deutsche Geschäftsträger in Paris hat der französischen Regierung das Bedauern der Deutschen über die Vorgänge im Adlonhotel in Berlin ausgetragen. Dieser haben die Franzosen über 100 000 Deutsche aus dem Gefangen ausgewiesen. In Tirol möchte die Stimmung für den sofortigen Anschluß an Deutschland unverhältnismäßig.

Weltmarktpreis.

Es gibt wohl kein Schlagwort, das augenscheinlich im Wirtschaftsleben häufiger gebraucht würde, aber auch unrichtiger wäre, als die Annahme an den Weltmarktpreis. Die brennende Teilnahme an der Frage wird sofort begreiflich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß z. B. die augenscheinlichen Weltmarktpreise fast nach dem jeweils Stand der deutschen Währung berechnet, auf etwa 6000 bis 7000 Mark für die Laine stellen würden, während im Auslande etwa 800 Mark geachtet werden, daß Eisenwaren im Auslande etwa das Sechs- bis siebenfache kosten als in Deutschland, und daß man bei einer durchgeföhrten Annäherung an den Weltmarkt zu Breiten kommt, wie sie jetzt etwa für Finnland, Kreis und ähnliches bezahlt werden müssen.

Bei den gewaltigen Preiserhöhungen, die die Annahme an den Weltmarktpreis im allgemeinen für den Exporteur bedeuten würde, kann man es durchaus verstehen, wenn aus diesen Kreisen von überall her darauf gedrängt wird, den Inlandssatz im freien Spiel der Kräfte an den Weltmarkt heranzubringen. Überdies spricht für sie — und das gilt in besonderem Maße von der Landwirtschaft — daß tatsächlich ein großer Teil dessen, was gekauft werden muß, auf den Werken des Weltmarktes bereits mehr angenommen hat, als ein großer Teil dessen, was verkauft wird.

Und aber jedes Ding seine zwei Seiten, so gilt dies ganz besonders von der hier behandelten Frage. Denn der Weltmarktpreis bedeutet einen nicht bloß höheren Tribut für den Exporteur, sondern höhere Kosten für jeden Verbraucher, d. h. also eine neue und zwar ganz gewaltige Belastung der Lebenshaltung mit den unweigerlich ihr folgenden Lohn- und Gehaltszuänderungen. Was diese für unsre noch immer aus augenreicher geschilderte Volkswirtschaft bedeuten würden, bedarf einer näheren Erläuterung. Die Folgen gehen aber über die reinen Lohnfragen noch ganz erheblich hinaus. Wie die Dinge liegen, würde es dem Arbeiter vielleicht — sicher ist dies keineswegs — gelingen, einen Teil der Preiserhöhungen im Lohn wieder hereinzuholen, denn größten Teil des sogenannten Mittelstandes aber wäre dies völlig unmöglich. Ein gewiss Bild davon, wie die Verhältnisse bei dann gestalteten könnten, gibt Wien; daß dort auch noch andere Gründe mitsprechen, verschließt das Bild nicht sehr wesentlich.

Nun ist aber bei der ganzen Behandlung dieser Frage

ein sehr wichtiger Punkt eigentlich nichts aus Weltmarktpreis behandelt worden; man hat nämlich niemals die Frage aufgeworfen, was denn eigentlich der Weltmarktpreis ist. Ein Beispiel, das aber ganz allgemeine Gültigkeit hat: vor etwa 14 Tagen kostet der amerikanische Dollar nach 100 Mark, jetzt rund 75 (im Februar 2,20 Mark). Käufer kostet damals wie heute beim amerikanischen Erzeuger 18 Cent für das englische Pfund, d. h. rund 42 Cent für das Kilogramm. Diese 42 Cent überstehen vor vierzig Jahren einen Weltmarktpreis von 4200 Mark für 100 Kilogramm dar, heute einen solchen von rund 3150 Mark. Nach welchem „Weltmarktpreis“ soll man sich nun eigentlich richten, oder womöglich man einen Zustand herbeieile, in dem die Preise von Tag zu Tag, ja von Stunde zu Stunde um Hunderte von Mark schwanken, in dem jede Auffassung noch mehr als heute platten Unmöglichkeit wird, einen Zustand einzurichten, der letzten Endes nur den Schieber noch mehr mäkelt als der jetzige, den ehrlichen Kaufmann und Erzeuger aber in eine geradezu unerträgliche Unsicherheit bringt.

Dazu kommt noch, daß die jetzt von London aus in die Welt gesandten guten Kaufsätze (Kästen sind es ja noch nicht) minderlich die eine Folge haben werden, die Schwankungen der einzelnen Währungen gegeneinander auf lange Zeit hinzu noch rascher und schärfer zu machen. Was das bedeutet würde, ist nach dem vorher Gesagten von vornherein klar. Denn es ist eine alte Erfahrung, daß die Preise im Kleinhandel aufwärtsbewegungen der Großhandelspreise sehr rasch und willig folgen. Preissenkungen dagegen nur sehr zögernd mitmachen. Erstrebbarweise sieht es jetzt so aus, als wollten (infolge der Versteigerung des Marktwertes) die Weltmarktpreise sich den deutschen annähern. Auch diese Entwicklung würde durch die Nebenwirkungen einer Entstehung des „freien Spiels aller Kräfte“ in der Preisbildung wahrscheinlich sehr rasch abgeschnitten und ins Gegenteil vertreten werden.

Es gibt gewisse Dinge, die wir nur vom Ausland erhalten können und deshalb, ob wir wollen oder nicht, mit dem jeweiligen Weltmarktpreis bezahlt müssen. In all den Fällen, in denen wir uns überwiegend aus dem Auslande versorgen, wird man die isolaten Schäden eines Preisunterschiedes, wie ihn die Einführung des Weltmarktpreises hier noch bedeuten würde, wohl als schwerwiegender ansehen müssen, als den Augen, der sich für einzelne Erzeugergruppen daraus ergäbe. Auch der jetzige Zustand hat natürlich schwerere Schäden; zumal werden sich deshalb Auslands- und Weltmarktpreise einander ausgleichen müssen. Die Angst weiter Kräfte davor aber, daß diese Ausgleichung nur vom Auslande her, d. h. durch Vertriebsnäherung unserer jetzigen Preise erfolgt, ist keineswegs unberechtigt.

Leonhard Fliegbücher.

Die künftige Wahlkreiseinteilung.

122 Wahlkreise.

Der Entwurf für die Wahlkreiseinteilung, die einen Bestandteil des neuen Reichswahlgesetzes bilden wird, ist vom Reichsministerium des Innern nunmehr fertiggestellt. Der Entwurf beruht auf den vorläufigen Ergebnissen der Volkszählung vom 8. Oktober 1910 und teilt das Reichsgebiet in 122 Wahlkreise ein. 62 Wahlkreise sind für die

Wahl von 4, 23 für die Wahl von 3 und 37 für die Wahl von 5 Abgeordneten bemessen. Mehrere Wahlkreise werden jeweils in einem Verbandswahlkreis zusammengefaßt. Insgesamt sind 23 Wahlverbände vorgesehen, und zwar 8 mit je 4, 6 mit je 5, 4 mit je 6, 4 mit je 7 und ein Wahlverband mit 8 Wahlkreisen. Die Veröffentlichung des Entwurfs wird in den nächsten Tagen erfolgen.

Zum Anschluß Tirols.

Die freiwillige Volksabstimmung.

Im Hinblick auf die von den Tiroler Brüderlein eingeleitete, auf die Herbeiführung einer freiwilligen Volksabstimmung für den Anschluß Tirols an das Deutsche Reich abzielenden Bewegung verlaubt die Tiroler Landesregierung folgendes: Der Gedanke des Anschlusses an Deutschland ist grundsätzliches Gemeingut im ganzen Tiroler Volk, und es ist selbstverständliche Pflicht der Landesregierung, auf seine Vermittlung hinzuarbeiten, um so mehr, als die Verhältnisse, die die Unmöglichkeit des Fortbestandes der gegenwärtigen Lage immer deutlicher hervortreten lassen, mit Rücksicht dazu drängen. Geht auf den einstimmigen Beschuß des Tiroler Landtages vom 11. Dezember 1918, wonach der wirtschaftliche Anschluß des Landes an das Deutsche Reich gefordert wurde, wird die Landesregierung in Übereinstimmung mit allen politischen Parteien und Gruppen auf die Durchführung dieses Beschlusses durch die Staatsregierung unablässig einzutreten suchen. Es ist selbstverständlich, daß, wenn es sich um einen endgültigen Anschluß handeln wird, in Wahrung des Selbstbestimmungsrechtes des Tiroler Volks durch eine Volksabstimmung Gegenstand gegeben wird, selbst das letzte und entscheidende Wort zu sprechen.

Wiederaufbau des Postwesens.

Ein Vortrag des Reichspostministers.

Der Reichspostminister Giesbert hält auf Einladung der Berliner Handelskammer einen Vortrag über den Wiederaufbau des Post- und Telegraphenwesens. Eine Besserung könnte nur dadurch gebracht werden, daß technische Reformen mit Personalreformen und Finanzreformen ineinander greifen müssen. Die Klagen über den Telegraphenbetrieb berücksichtigen die Tatsache nicht, daß die Verjährung wesentlich darum zurückzuführen ist, daß ein während der Kriegsjahre nicht genügend instand gehaltener Apparat das mehrfache der Friedensleistung vollbringen müsse. Vor dem Kriege seien in Berlin 90 000, in Frankfurt a. M. 30 000 und in Hamburg 25 000 Telegramme werktäglich ausgesetzt worden. Jetzt seien die entsprechenden Sätzen 140 000, 60 000 und 45 000. Dabei sei noch in Betracht zu ziehen, daß die vermehrte Telegrammzettel eine unverhältnismäßig viel größere Arbeitsbelastung bedingt, weil die Wortzahl des durchschnittlichen Telegramms um 40% von 18 auf 22,5 Worte gestiegen sei. Erhöht werde die Beförderung der Telegramme auch dadurch, daß die Beförderungsbehörden 90 Telegrafenleistungen im befreiten Gebiet dem öffentlichen Verkehr entzogen haben. Im vorigen Jahre seien im Auslande 30 neue Leitungen fertiggestellt, im laufenden Jahr